

MIZ

2. Jahrgang/Nr. 12

Dezember 1975

**Mitgliederzeitung
der SPD
im Lande Bremen**

Wahlanalyse

Großwetterlage war schuld

Auf Basis der ersten INFAS-Auswertung des Ergebnisses der Bürgerschaftswahl sollen einige zentrale Resultate der Wahlanalyse festgehalten werden.

Die Stimmenverluste der SPD sind nach INFAS begründet

a) „strukturell durch eine Abnahme des Arbeiteranteils und ein Wachsen des Dienstleistungsbereichs in den großen Städten, was sich aufgrund der geringeren Sympathien von Nicht-Arbeitern für die SPD stimmenmäßig negativ auswirkt

b) „konjunkturell“ durch deutliche Sympathieverluste der SPD im sogenannten soziologischen Mittelfeld (aufgestiegene Arbeiter und organisierte Angestellte) und zumindest gegenüber der Bundestagswahl 1972 durch Verluste im Arbeiterbereich.

INFAS stellte fest, daß Bremen „unter den Städten mit hohem Dienstleistungsanteil nach wie vor eine ungewöhnlich starke SPD“ hat – stärker als z.B. in Hamburg, Frankfurt, München oder Düsseldorf. Die insgesamt hohe Zufriedenheit der Bremer mit der Landes-SPD bringt INFAS dazu, unter der Überschrift „wieder schlechte Großwetterlage“ die bundespolitische Situation in den Mittelpunkt der Wahlanalyse zu stellen und als wichtigsten Faktor für die Stimmenverluste in Bremen verantwortlich zu machen. „In den letzten vier Wochen vor der Wahl war es jedoch unmöglich, ein Durchschlagen der bundesweiten Großwetterlage auch auf Bremen zu verhindern“ meint INFAS.

Auf die sich an dieser Stelle

ergebende Frage, von welchen Faktoren denn eigentlich die „Großwetterlage“ abhängig ist, gibt INFAS eine eindeutige Antwort: im wesentlichen von der wirtschaftlichen Entwicklung.

„Die Kurve der allgemeinen Wirtschaftserwartungen und des SPD-Vertrauens zeigen im großen und ganzen zu den gleichen Zeitpunkten Ausschläge wie die Kurve des Angstpotentials über die Verhältnisse in der Bundesrepublik“ – dies ist das Resultat ständiger und regelmäßiger Meinungsumfragen. Mit dem Kanzlerwechsel und dessen Versprechen „im Frühsommer 1975 sind wir über den Berg“ sowie dem ersten Konjunkturprogramm kam die SPD in den Landtagswahlkämpfen mit der Parole „den Aufschwung wäh-

len“ kurzfristig in einen „stimmungsmäßigen Aufschwung“ (INFAS) – der Parteivorsitzende glaubte an das Ende von vorübergehenden „Konditionsschwächen“. In den enttäuschten wirtschaftlichen Hoffnungen sieht INFAS dann die Hauptursache für den „Wendepunkt der Stimmung für die SPD“: „Als jedoch deutlich wurde, daß die Rezession nicht binnen kurzem zu überwinden sei, stieg die Besorgnis seit den Sommermonaten im Bundesgebiet erneut stark an Das Thema Preiserhöhung, das 1972 stärker im Vordergrund stand, war offenbar nicht ähnlich angstaussendend wie die existentielle Frage der Arbeitsplatzsicherheit, so daß die Partei, die in Bonn wie in Bremen die Regierung führt, existentielle Ängste nicht mehr in dem Maße wie früher abfangen kann“.

Weitere Minuspunkte hat die SPD mit der Bekanntgabe der Spar- und Steuerpläne kassiert. INFAS: „Die CDU/CSU fand in immer größeren Teilen der Bevölkerung Zustimmung, SPD und FDP fielen beide steil ab, die SPD sogar wieder in jene Zone zurück, in der die kritischen Stimmen die positiven übersteigen“. Im Zusammenhang mit den Einsparungen besonders im Bildungs- und Sozialbereich und dem Zurückstellen vieler Reformvorhaben (nur noch „Reformen ohne Geld“) und dem vorläufigen Abschluß der Weiterentwicklung in der Ostpolitik ist jene

Reformeuphorie auf der Strecke geblieben, die im Bundestagswahlkampf 1972 unter dem Motto „Willy wählen“ bis ins liberale Bürgertum hinein zu einer großen Mobilisierung für die SPD geführt hat.

Auch wenn INFAS das Thema „Investitionslenkung“ nicht erfaßt hat, so ist die kurz vor den Bremer Wahlen aufgebauchte innerparteiliche Diskussion für die SPD keineswegs ein Vorteil gewesen. Die weder sonderlich radikalen noch sehr neuen Beschlüsse einzelner Be-

zirke (die noch dazu unterschiedliche Intentionen hatten) wurden insbesondere durch das gereizte Auftreten des Kanzlers und seines Finanzministers derartig hochgespielt und gegen die Parteilinke ausgeschlachtet, daß andere Parteien aus dem zwangsläufig entstehenden Bild der gespaltenen SPD politisches Kapital schlagen konnten.

Von den auf Bremen bezogenen Konflikten, die das Wahlergebnis wahrscheinlich beeinflusst haben, hat INFAS lediglich die Telefonabhörraffäre genauer untersucht:

Fortsetzung von Seite 1

Mit der Telefonabhörraffäre ist es dem CDU-Fraktionsvorsitzenden zwar nicht gelungen, die SPD in die Nähe von Baader-Meinhof-Anarchisten zu bringen, aber es „fanden doch immerhin 47 % an den CDU-Vorwürfen etwas Wahres“ – das ergab eine INFAS-Befragung Ende August 1975. Was der SPD im Gefolge dieser Affäre angelastet wurde und zumindest zunächst nicht das Ziel der CDU-Attacke war, machte eine Anruf-Aktion des Senders Radio Bremen deutlich. Viele Anrufer gaben zu Protokoll, sie hätten die SPD wegen der offensichtlich gewordenen Verfilzung mit der Staatsbürokratie nicht mehr gewählt. Die parteipolitische Nutzung von polizeilichen Kenntnissen durch den Bremer Polizeipräsidenten gegen die SPD-Linke, die eindeutige Vermischung von Partei- und Staatsamt führten zu „einer auch in Bremen geweckten Oppositionsstimmung gegen absolute Mehrheiten“ (INFAS). Da aber immerhin 73 % der befragten Wähler mit den Methoden der CDU (Beschaffung der illegalen Tonbandaufzeichnung) nicht einverstanden waren, erwies sich die Aktion „eher als ein Bumerang für die CDU“. Darin ist wohl auch die Ursache dafür zu sehen, daß nicht die CDU, sondern die FDP der Gewinner der Wahl war – wobei es sich um keinen Trend, sondern um einen „Denkzettel“ handelte, „der erst kurz vor dem 28. September ausgestellt wurde“ (INFAS).

Reformer

1971 und 1972 hat die SPD Wahlen klar gewonnen – und zwar mit und wegen und keinesfalls trotz der offensichtlichen Existenz von radikalen Reformern innerhalb der Partei. Die klare absolute Mehrheit von 1971 für die Bremer SPD wurde nach einem Wahlkampf gewonnen, in dessen Mittelpunkt die als „Kaderschmiede“ diffamierte Bremer Universität stand – INFAS stellte im August 1971 fest, daß 72 % der Bremer Bevölkerung die Gründung einer Reformuniversität positiv bewerteten.

1975 wurde, die Schuld für die Wahlniederlage der Parteilinken in die Schuhe geschoben. Damit begann die Springer-Presse, ehe sich diese Interpretation auch in Teilen der Sozialdemokratischen Partei verbreitete. So wußte die BILD-Zeitung schon zwei Tage nach der Wahl, „warum Koschnick 35 000 Wähler verlor“ – nach dem Verständnis dieser Zeitung natürlich wegen der Linken, denn „die stärksten Verluste erlitt die SPD in den Hochburgen ihres linken Flügels“. Auf einem Landesparteitag warfen laut Weser-Kurier „gemäßigte Sozialdemokraten ihren progressiven Flügelmännern vor, für das Wahldebakel am 28. September verantwortlich zu sein“. – Zwei sich aufdrängenden Fragen soll nachgegangen werden: 1. gibt es Indizien, daß die Wahlniederlage einem Parteiflügel zugerechnet werden kann und 2. was hat es mit dem „Gezänk“ innerhalb der stadtbremischen SPD auf sich?

Die Behauptung der BILD-Zeitung, die SPD-Verluste seien in den Hochburgen des linken Flügels besonders hoch, ist eindeutig falsch. Die Stimmenverluste im „linken“ Stadtgebiet Altstadt lagen mit 7,2 % gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl nur knapp über dem Bremer Durchschnitt (-7,1 %), während sie in der „rechten“ Gartenstadt-Vahr (dem Ortsverein der beiden Bremer Bürgermeister) mit 10 % deutlich höher waren. Im bürgerlich strukturierten „linken“ Ortsteil Bürgerpark waren die Verluste niedriger als im „rechten“ Arbeiterviertel Walle (-5,8 % zu -7,5 %). Die Tatsache, daß in Bremerhaven ein besseres Ergebnis als in Stadtbremen erzielt wurde, führt INFAS einerseits auf die unterschiedliche Sozialstruktur (4 % mehr Arbeiter in Bremerhaven), andererseits auf den geringen Einfluß der Telefonaffäre auf den Bremerhavener Wahlkampf zurück.

Gezänk

Die Ursachen des „Gezänks“ innerhalb der stadtbremischen SPD sollen genauer beleuchtet werden. Eine zuverlässige Interpretation der regelmäßigen INFAS-Befragungen hat im Januar 1975 ergeben, daß die großen Sympathien, die die Bremer SPD in der Bevölkerung genießt, vor allem drei Ursachen hat: 1. die großen bevölkerungsnahen Aktivitäten der Parteiorganisation; 2. die Willy Brandt nahestehende Integrationsfigur Hans Koschnick, der sich als sympathischer Staatsmann und Vertreter der liberalen Parteimitte profiliert hatte, 3. das äußere Bild und die innere Struktur der Partei, in der es zwar unterschiedliche Gruppierungen mit unterschiedlichen Sachauffassungen gibt, der aber auf der Basis einer „kritischen Mitte“ die Integration aller Kräfte gelungen ist und die nicht so zerrissen erscheint wie anderswo. Diese Analyse lag parteiintern im Januar 1975 vor.

Seit Januar spitzte sich der Streit um die Kandidatenaufstellung für die Bürgerschaftswahl zu, wobei die um einige Linke bereicherte „Parteirechte“ ihre Ziele ohne Rücksicht auf die Einheit der Partei und das Interesse Hans Koschnicks an einem von einer deutlichen Mehrheit getragenen Kompromißvorschlag mit knapper Mehrheit durchsetzte. Begleitet wurde diese Aktion von einem Presse-Trommelfeuer gegen den Flügel der „linken Mitte“. Parteiinterne Streitigkeiten haben allerdings nur sehr geringe Folgen für die Wahlentscheidung gehabt. Es ist sachlich wie politisch falsch, die Parteilinke für die Wahlniederlage verantwortlich zu machen.

Obwohl die INFAS-Analy-

sen davon ausgehen, daß kommunalpolitische Probleme die Wahlentscheidung nur geringfügig beeinflusst haben und deshalb auch keine näheren Befragungen vorgenommen werden sind solche Einflüsse vermutet worden. Anzunehmen ist, daß die Erhöhung von Sozialmieten besonders in Neubauvierteln die drohende Industrialisierung von Kleingartengebieten die Gebührenerhöhungen städtischer Betriebe und vieles andere in das Wahlergebnis eingegangen sind. Genaue Aussagen hierzu sind allerdings nicht möglich.

Was ist zu tun?

a) Die SPD muß darauf verzichten, so zu tun, als könne sie in der Regierung wirtschaftliche Krisentendenzen erfolgreich managen und unter kapitalistischen Bedingungen Vollbeschäftigung und Wachstum garantieren. Die Verbreitung dieser Illusionen über die Möglichkeiten staatlicher Politik und die ständige Prophezeiung neuer Aufschwünge führen dazu, daß die Partei mit der Nichteinlösung dieser Versprechen Wählergruppen verliert.

b) Die SPD muß harte Flügelkämpfe und sich verfestigende Fronten vermeiden, unterschiedliche Sachauffassungen und dahinter stehende Personengruppen integrieren und auf der Basis einer „kritischen Mitte“ Machtverfilzungen und Verkrustungen selbstreinigend korrigieren.

c) Die SPD muß genauere Untersuchungen über das Wahlverhalten der Bevölkerung anstellen lassen und dabei insbesondere den Einfluß von kommunalen Leistungen und Problemen, der Berichterstattung der marktbeherrschenden Zeitungen und der Krisenentwicklung näher analysieren, um daraus politische Konsequenzen zu ziehen.

Edgar Einemann